

Linkspolitik: Die revolutionäre Alternative zu den Sozialdemokraten konnte sich in der Bundesrepublik nur kurz etablieren / Stets am Gängelband Moskaus oder Ost-Berlins

Von der „Diktatur des Proletariats“ zum Grundgesetz

Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet – und 1968 von der Deutschen Kommunistischen Partei abgelöst.

Gastbeitrag von **Josef Foscchepoth**

Kommunismus und Antikommunismus gehören zu Deutschland. Sie sind ein Erbe des Kaiserreichs, des Weltkriegs und der Zusammenbruchkrise von 1918/19. „Nur die Weltrevolution des Proletariats“, heißt es im ersten Programm der KPD, „kann in dieses Chaos Ordnung

bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen.“

Die Wurzeln der kommunistischen Bewegung reichen in die frühen Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Ideologisch driftete die SPD mehr und mehr auseinander. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten am 2. Dezember 1914 trieb die Spaltung der Arbeiterbewegung weiter voran. Die Linken bildeten eine eigene politische Organisation. Der „Spartakusbund“ wurde gegründet. 1917 trennte sich eine weitere Gruppe von der SPD und nannte sich Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Der Spartakusbund schloss sich ihr zunächst an. Schon bald trennten sie sich wieder. Am 29. Dezember 1918 beschlossen die Spartakisten, eine eigene Partei zu bilden. Tags darauf wurde sie unter dem Namen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet.

Heftiger Richtungsstreit

Wenige Tage nach dem Gründungsparteitag kam es in Berlin zum Spartakusaufstand. Dabei wurden die soeben erst gewählten Führer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Ein heftiger Richtungsstreit über den künftigen Kurs war die Folge. Bei den Juni-Wahlen 1920 erreichte die KPD gerade einmal 1,7 Prozent der Stimmen.

Die Weimarer Kommunisten waren trotz revolutionärer Ideologie und Propaganda keine „Berufsrevolutionäre“. Eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft ließ sich nicht herbeizwingen, auch nicht mit Gewalt, so die Erfahrung der Kommunisten. Eine Sozialdemokratisierung der Politik machte sich in den kommunistischen Quartieren breit. Zumindest vor Ort wollten die Kommunisten diejenigen sein, die sich am meisten und besten um die Belange der Arbeiter kümmerten. Ihre Erfolge waren Grund für eine wachsende Popularität der KPD in den Betrieben.

Kluft zwischen Basis und Führung

Dadurch bedingt, tat sich zwischen Basis und Führung der KPD mehr und mehr eine sich vertiefende Kluft auf. Zu den historisch bedeutsamen Folgen der Politik der Weimarer KPD gehören erstens der Kampf gegen die Weimarer Republik; zweitens die dauerhafte Verhinderung eines Bündnisses mit den als Sozialfaschisten diffamierten Sozialdemokraten; drittens das unterwürfige Verhalten der KPD-Führung gegenüber Stalin und die Ausrichtung der KPD auf die Sowjetunion; viertens die Unfähigkeit, in dem rapiden Aufstieg der NSDAP nicht die eigentliche und größte Gefahr für die Arbeiterbewegung und Deutschland erkannt zu haben.



Nach der Niederschlagung, Eroberung und Besetzung Deutschlands waren die Voraussetzungen für einen Neubeginn der KPD nicht schlecht. Die Führung kehrte aus ihrem Moskauer Exil zurück. Unterstützt von der Sowjetunion meldete sich das Zentralkomitee der KPD schon bald mit einer programmatischen Erklärung zum Aufbau „eines antifaschistischen, demokratischen Regimes“ zu Wort. Auch die USA, Großbritannien und Frankreich machten klar, dass sie sich einen demokratischen Wiederaufbau ohne KPD nicht vorstellen konnten.

Erfolgreiche Betriebsarbeit
Die KPD, von den Besatzungsmächten berufen, wirkte aktiv in den Entnazifizierungsausschüssen, den ersten parlamentarischen Gremien, den Kommunal- und Landesverwaltungen mit. Kommunisten wurden Bürgermeister und Oberbürgermeister, Staatssekretäre und Minister. Zwischen 1945 und 1948 waren sie in fast allen Landesregierungen vertreten, zumeist für Arbeit, Soziales, Infrastruktur oder Wiederaufbau zuständig. Die KPD gehörte allen ernannten und allen erstmals frei gewählten Landtagen an, mit Ausnahme Bayerns und Schleswig-Holsteins. Auf der kommunalen Ebene war die Partei in 174 von 175 Städten mit über 20 000 Einwohnern mit eigenen Stadtverordneten vertreten.

Wenn es eine Erfolgsgeschichte der KPD nach 1945 gab, dann war es die kommunistische Betriebsarbeit. Nach Weimarer Vorbild baute die Partei in den Westzonen ihre Organisationen wieder von unten auf, über die kommunistischen Betriebszellen. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Bereits bei den ersten Betriebsrats-

Geschichtswissenschaftler

■ Josef Foscchepoth (Bild, Jg. 1947) ist **Historiker und Publizist**.

■ Foscchepoth studierte **Geschichte, Theologie und Sozialwissenschaften** und promovierte 1975 in Münster.

■ Seit 2005 ist Foscchepoth als außerplanmäßiger **Professor für Zeitgeschichte** an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg tätig.

■ Foscchepoth ist **Autor zahlreicher Bücher** zur Zeitgeschichte.

■ Sein jüngstes Buch **„Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg“** ist soeben mit dem Richard-Schmid-Preis ausgezeichnet worden. *red* (BILD: DPA)



wahlen 1946 erzielte die KPD gute bis sehr gute Ergebnisse. In fast allen Ländern gelang es, mit Werten zwischen 36 und 52 Prozent die SPD in den Betriebsräten von Platz eins zu verdrängen. Viele Betriebsratsvorsitzende großer Betriebe gehörten in der Nachkriegszeit der KPD an.

Anweisungen aus Ost-Berlin

Trotz Erfolgen vor Ort war die KPD eine zerrissene Partei. Bis 1948 hatte die West-KPD keinen eigenen Vorstand. Die Direktiven kamen von Instrukteuren aus Ost-Berlin. Der Ausbruch des Kalten Krieges 1947, schlimmer noch der mit Gründung der beiden deutschen Staaten beginnende deutsch-deutsche „Kalte Bürgerkrieg“ trieben die KPD in immer größere Abhängigkeit von der SED – politisch, ideologisch, organisatorisch, finanziell. Die Mitgliederzahlen, die im Sommer 1947 mit 324 214 ihren Höchststand erreichten, wa-

ren 1967 auf 7000 geschrumpft. Auch die Wähler liefen der Partei davon.

Am 17. August 1956 wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht (BVG) als verfassungswidrig eingestuft und verboten. Die Richter waren der Meinung, dass eine Partei auch dann für verfassungswidrig erklärt und verboten werden könne, wenn von ihr jetzt und in absehbarer Zukunft keine Gefahr ausgehen würde. Eine Auffassung, die das BVG in seiner Entscheidung über ein Nicht-Verbot der NPD vom 17. Januar 2017 ausdrücklich revidiert hat.

Für die SPD erwies sich die KPD-Frage zunehmend als Hindernis einer neuen Ostpolitik. Gern wäre Willy Brandt schon als Außenminister der Großen Koalition nach Moskau gereist. Der Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnew, zeigte ihm jedoch die kalte Schulter. Erst müsse das KPD-Verbot aufgehoben werden. Nur Bukarest war bereit, die Tür zu öffnen. Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu gab Brandt den Rat, etwas gegen das Parteiverbot der KPD zu unternehmen.

Ähnliche Empfehlungen bekam die SPD auch aus anderen europäischen Hauptstädten. Als besonders

hilfreich erwies sich die Kontaktaufnahme der SPD zur Kommunistischen Partei Italiens (PCI). Beim Besuch einer SED-Delegation in Rom im Februar 1968 räumte die SED erstmals ein, dass die Neugründung einer Kommunistischen Partei der einzig gangbare Weg zu einer „Legalisierung der offenen Parteiarbeit in der Bundesrepublik“ sei.

Neugründung als DKP

Am 22. September 1968 trat ein Bundesausschuss mit einer ersten Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin betrieb sich die neue Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auf die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Namen wie Lenin oder Stalin und Begriffe wie „proletarische Revolution“ oder „Diktatur des Proletariats“ kamen nicht mehr vor. Dagegen wurde herausgestellt, dass es sich bei der DKP um eine Partei der Bundesrepublik handle: „Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze.“ Eine „schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges“ komme nicht infrage.

Die schönen Worte dürften den Blick nicht verstellen. Auch die DKP war und blieb eine kommunistische Kaderpartei. Auch die neuen Funktionäre stammten zum größten Teil aus der KPD und hatten die Kadernschule der SED durchlaufen. Für die innere Organisation waren Zentralismus und Parteidisziplin auch die Prinzipien der neuen Partei. Auch die Zuständigkeit für die externe Steuerung und Kontrolle der DKP blieb unverändert: das Arbeitsbüro des Politbüros der SED.

Der Prozess der Neukonstituierung der DKP war lang und konfliktreich. Der erste Sekretär der KPD, Max Reimann, legte sich immer wieder quer. Im September 1971 trat er in die DKP ein. Auf dem zweiten Parteitag der DKP im November 1971 wurde er zum Ehrenpräsidenten der DKP gewählt. Bei der Bundestagswahl im November 1972 kandidierte er im erstmals roten Solingen für die DKP. Auf Reimann entfielen 1,1 Prozent der Erststimmen, auf die DKP 0,8 Prozent der Zweitstimmen. Am 18. Januar 1977 starb Reimann 78-jährig in Düsseldorf.

! IHRE MEINUNG ZÄHLT!

Schreiben Sie uns!

Liebe Leserinnen und Leser dieser Zeitung, was halten Sie von diesem Debattenbeitrag? Schreiben Sie uns Ihre Meinung! „Mannheimer Morgen“ Debatte Postfach 102164 68021 Mannheim E-Mail: leserbriefe@mamo.de

ZUM THEMA

Zur NS-Zeit massiv verfolgt

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten traf die Kommunisten unvorbereitet. Der Reichstagsbrand im Februar 1933 war für die NS-Propaganda der willkommenen Anlass, die Kommunisten zum Staatsfeind Nr. eins zu erklären. Mehr noch: Die Kommunisten sollten als Erste – noch vor den Juden – physisch vernichtet werden. Dies geht aus einer Protokollnotiz über Gespräche Adolf Hitlers mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) über eine mögliche Koalition in Bayern hervor, die er am 13. und 14. März 1933 in seiner Wohnung am Prinzregentenplatz in München führte. Sein Gesprächspartner war der spätere Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Prozessvollmachtigte der Adenauer-Regierung im Verbotsverfahren gegen die KPD, Hans Ritter von Lex.

„Er habe sich die Aufgabe gestellt“, so Hitler, den Marxismus in Deutschland auszurotten. Er werde diese Aufgabe durchführen, wenn nötig mit allen, auch den letzten Mitteln. Er werde jeden, der bei Erfüllung dieser Aufgabe sich ihm in den Weg stelle, zerschmettern. Der Kampf gegen die KPD, diese Sammlung von Zuhältern und Verbrechern, werde wohl keinem Widerspruch begegnen; er müsse aber auch gegen die in der SPD vereinigten Kräfte mit aller Schärfe vorgehen, denn es gelte, „das Übel an der Wurzel auszurotten“.

Unkoordinierter Widerstand

Das Ergebnis ist bekannt. Bereits in den ersten Wochen nach dem Reichstagsbrand wurden etwa 11 000 Kommunisten verhaftet.

Die Festgenommenen wurden in Konzentrationslager und Zuchthäuser gebracht, viele von ihnen später ermordet. Die Zahl der kommunistischen Opfer der NS-Diktatur wird auf über 100 000 geschätzt. Mitglieder der KPD-Führung flohen ins Ausland und setzten ihre Arbeit zunächst in Prag, dann in Paris und seit 1939 in Moskau fort. Der Versuch, eine operative Leitung zur Steuerung der politischen Arbeit und des Widerstands innerhalb des Reiches aufzubauen, gelang nur vorübergehend. So konnte sich der kommunistische Widerstand nur zögernd und unkoordiniert entwickeln. *jf*

KPD und DKP

■ Der **Gründungsparteitag** der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) fand vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 statt. Die KPD verstand sich von Anfang an als revolutionäre **Alternative zur SPD**.

■ Nach dem **Reichstagsbrand** in der Nacht zum 28. Februar 1933 wurde die KPD von der sich formierenden nationalsozialistischen Diktatur verfolgt und in den Untergrund gedrängt.

■ Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Partei wieder aufgebaut. Auf Drängen der Sowjetischen Militäradministration betrieb die KPD im Osten Deutschlands den **Zusammenschluss mit der SPD zur SED** (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands).

■ Am 17. August 1956 wurde die **KPD in der Bundesrepublik Deutschland verboten**.

■ 1968 wurde die **Deutsche Kommunistische Partei** (DKP) gegründet.

■ Von 1973 bis 1990 war der **Mannheimer Herbert Mies** (1929-2017) Vorsitzender der DKP. *malo*